



## Abschlussbericht AG Bildung 2015/2016

In keinem Bereich hat der Wechsel der Landesregierung im Jahre 2011 zu solch massiven Umwälzungen geführt wie im Bildungssektor. Das trotz mancher Schwierigkeit gut funktionierende dreigliedrige Schulsystem wurde von der Grün-Roten Landesregierung in seinem Gleichgewicht erheblich beeinträchtigt und ist dadurch in eine prekäre Schieflage geraten. Um eine vermeintliche Ungerechtigkeit auszugleichen wurde überhastet und ohne Konzept eine Gemeinschaftsschule eingerichtet, die als Lieblingskind der Regierung eine deutlich bessere finanzielle und personelle Ausstattung als andere Schulträger erfährt. Auf diese Weise wird aber eben keine Gerechtigkeit erzielt, sondern Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräften an Real- und Werkrealschulen effektiv benachteiligt. Die erfolgreichste Schulart, die Realschule, so in Bedrängnis zu bringen birgt jedoch eine immense Gefahr. Einerseits für unseren akademischen Nachwuchs (weit über 40% der Abiturientinnen und Abiturienten in Baden-Württemberg sind ehemalige Realschüler), andererseits aber auch für die Ausbildung qualifizierter Lehrlinge und somit zukünftiger, dringend benötigter, Fachkräfte.

Ziel der Gemeinschaftsschule sollte es sein, eine größere Durchlässigkeit im Bildungssektor zu erreichen und durch längeres gemeinsames Lernen eine gestiegene Chancengleichheit zu schaffen. Dies ist in der heutigen Ausgestaltung allerdings nicht zu bewerkstelligen. Erstens bietet die bestehende Schullandschaft mit den beruflichen Schulen (Berufsfachschulen, Berufskollegs und beruflichen Gymnasien) bereits die volle Durchlässigkeit vom Werkrealschulabschluss bis hin zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur), zweitens sorgt die Gleichmacherei an den Gemeinschaftsschulen für das exakte Gegenteil des Gewollten. Eine möglichst individuelle Förderung der Schüler findet eben nicht statt. Stattdessen werden alle in einen Topf geworfen und somit die Spitzen unter- und die Leistungsschwächeren überfordert. Von den Lehrkräften wird aber gleichzeitig verlangt, dass sie trotz der gestiegenen Heterogenität der Schülerschaft weiterhin auf die individuellen Bedürfnisse jedes Kindes eingehen. Dass es überdies aufgrund der Ermangelung einer ausreichenden Zahl befähigter Schüler kaum möglich sein wird, flächendeckend an Gemeinschaftsschulen zum Abitur zu führen, zeigt das ganze Dilemma der grün-roten Bildungskonzeption.

Irrwitziger Weise ist mitunter ein Grund für den Mangel von zukünftigen Abiturientinnen und Abiturienten an Gemeinschaftsschulen die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Diese von der Landesregierung selbst durchgepeitschte Entscheidung war nicht nur der Todesstoß für die Werkrealschulen, sondern auch das Preisgeben jedweder Planbarkeit der Schülerströme. Verlässliche Voraussagen sind nicht mehr zu treffen. Dies zieht erhebliche planerische Schwierigkeiten nach sich. Zu allem Überflus wurde den Lehrerinnen und Lehrern die Befähigung zur Einschätzung ihrer Schüler abgesprochen, für diese sie aber als einzige die fachliche Qualifikation besitzen. Der damit verbundene Ansturm auf die Gymnasien und Realschulen sorgt dort für eine heterogenere Schülerschaft und stellt die Lehrerinnen und Lehrer vor zusätzliche Herausforderungen. Durch das breiter gewordene Leistungsspektrum wird es zunehmend schwieriger, das Vorankommen der Klassen sicherzustellen ohne dabei Einzelne zu verlieren. So wird einerseits das Vorankommen aller Kinder gefährdet und den Leistungsschwachen zusätzlich jede Möglichkeit genommen, mit der Klassengemeinschaft mitzuhalten.

Als desolates Fazit der Reformen im Bildungssektor muss eine Überforderung der unteren Leistungsschichten an Realschulen und Gymnasien, eine Verunsicherung von Schülern, Lehrern und Eltern, sowie eine de facto Abschaffung der Werkrealschulen festgehalten werden. Das selbstgesteckte Ziel der Landesregierung, eine bestmögliche Bildung für alle, wurde nicht nur nicht erreicht, sondern rückte sogar in weitere Ferne als je zuvor. Die historisch hohen „Sitzenbleiberzahlen“ sind ein weiteres trauriges Indiz dafür, dass eine hohe Zahl an Schülerinnen und Schülern in unserem Land auf Schularten ist, die ihren Bedürfnissen nicht gerecht werden.

## Positionen und Forderungen der Jungen Union Kirchheim

- Wir fordern die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung zur besseren Förderung der Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Begabungen auf der für sie passenden Schule.
- Wir befürworten die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Handicap solange der Unterricht für die Klasse nicht essenziell beeinträchtigt wird. Das Wohl aller Kinder muss hier im Vordergrund stehen. Sollte eine Beeinträchtigung es nicht möglich machen, die Kinder an Regelschulen zu unterrichten, muss eine geeignete Förderschule zur Verfügung stehen.
- Bestehende Gemeinschaftsschulen sollen erhalten bleiben. Die Bevorzugung der Gemeinschaftsschule in politischer und wirtschaftlicher Weise gegenüber Realschulen und Werkrealschulen muss allerdings beendet werden, um eine gleichwertige Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Kein Schüler darf schlechter gefördert werden, weil seine Schulart nicht der politischen Haltung der regierenden Parteien entspricht.
- Das Gymnasium muss als eigenständige Schulart erhalten bleiben, um der Heterogenität der Schülerschaft Rechnung zu tragen.
- Die beruflichen Schulen sind die Garanten für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Sie ermöglichen die persönliche Weiterentwicklung jedes Schülers und jeder Schülerin und sind daher elementar für die Durchlässigkeit und die Gerechtigkeit in unserer Bildungslandschaft.
- Die Realschulen sollen sowohl zur Mittlere Reife als auch zum Werkrealschulabschluss führen, um der gestiegenen Heterogenität der Schülerschaft Rechnung zu tragen. Eine interne Leistungsdifferenzierung auf Gemeinschaftsschulen und Realschulen muss zur optimalen Förderung der Leistungsniveaus aller Schüler gegeben sein.
- Wir fordern verstärkten Informatikunterricht, da Kommunikationstechnologien und Automatisierung immer weiter fortschreiten und unsere Schülerinnen und Schüler ideal auf das Leben im 21. Jahrhundert und den Arbeitsmarkt vorbereitet werden sollen.
- Da unsere Grundschullehrinnen und -lehrer einen wichtigen, aber häufig unterschätzten Beitrag zur Bildung unseres Nachwuchses beitragen, fordern wir eine Erhöhung der Besoldung, um so die Attraktivität des Berufs zu erhöhen und der Wichtigkeit der erbrachten Leistung Ausdruck zu verleihen.
- Da Schulleiter Verantwortung und Führung übernehmen und damit auch ein deutliches Plus an Arbeitsbelastung auf sich nehmen, muss dies dementsprechend honoriert werden.
- Wir fordern ein Festhalten am G8, da dies zu keinen Leistungseinbußen geführt hat. Bei einem parallelen Anbieten von G8 und G9 würde die Entscheidung der Schulwahl häufig aus taktischen statt aus Leistungsgründen getroffen werden, weswegen wir diese nicht befürworten. Durch die Realschule und die beruflichen Gymnasien besteht überdies bereits eine G9 Alternative.
- Spezielle Sprachklassen für jugendliche Flüchtlinge müssen geschaffen werden, damit das für die Regelschule notwendige Sprachniveau erreicht werden kann, um bei dauerhaftem Verbleib im Land die Schüler in Regelschulen überführen zu können.